

Für Iestyn ap Rhobert war es schon immer eine Selbstverständlichkeit, dass seine Heimat Wales auch unabhängig vom Vereinigten Königreich existieren kann. „Wir haben alle Facetten eines Landes“, sagt er.

VON JULIA SMIRNOVA

Wenn der Walisisch-Lehrer über die imaginäre Zukunft redet, klingt er resolut und kompromisslos. Wales werde einen Sitz in der UN haben, eine eigene Stimme in der internationalen Politik und eine eigene Währung. „Wenn Wales unabhängig wird, wird damit das Schicksal des britischen imperialen Projektes besiegelt sein“, glaubt er. 2014

war die Unterstützung für die Unabhängigkeit vor allem im Norden von Wales stark, unter Menschen, die wie Iestyn ap Rhobert mit Walisisch als Muttersprache aufgewachsen sind. Im Norden von Wales ist die Partei Plaid Cymru, die die Unabhängigkeit des Landes unterstützt, am populärsten. Doch diese enge Verbindung zwischen der Idee der Unabhängigkeit und der Sprache, die es etwa in Schottland nicht gibt, wurde für die Partei auch zu einem Verhängnis. Sie wird von vielen als Partei der Walisisch-Muttersprachler wahrgenommen. Nationalisten wie Rhobert wollen das ändern.

„Kultureller Nationalismus gehört ins 20. Jahrhundert“, sagt Rhobert. „Wales ist inklusiv und für alle offen, nicht nur für diejenigen, die Walisisch sprechen.“ Er will mehr Menschen wie Lloyd Bingham in der Bewegung sehen. Der 31-jährige Übersetzer ist in einer englischsprachigen Familie aufgewachsen und hat Walisisch erst in der Schule gelernt. Sein Interesse am Thema Unabhängigkeit wurde erst durch den Brexit geweckt. „Die Konservative Partei in London schlägt einen rechten Isolationskurs ein und versucht, Großbritannien von der internationalen Gemeinschaft abzuschneiden“, sagt Bingham. „Wales und

Schottland sollten sich dagegenstellen.“ Doch was unterscheidet die Waliser vom Rest des Königreichs, wenn es nicht die Sprache alleine ist? Rhobert zieht zur Erklärung die Geschichte Großbritanniens heran. Wales und Irland seien die ersten Kolonien Englands. Diese Vergangenheit habe heute noch Einfluss auf die Politik. „Wir wollen eine bessere Gesellschaft und werden von einem archaischen postkolonialen Empire zurückgehalten“, erklärt Rhobert. Den Brexit sieht er als Beweis dafür. Er und viele seiner Mitstreiter wollen sich nicht als britisch bezeichnen, zu sehr sei der Begriff mit der Geschichte Englands verbunden, und er fühle sich als Waliser nicht mitgemeint.

Nun sind Identitäten kollektive Erzählungen, Konstruktionen, die sich mit der Zeit ändern. Wie groß deren Einfluss dennoch ist, kann man auch in Wales sehen. Eine knappe Mehrheit von Menschen in Wales hat für den Austritt aus der EU gestimmt. Die Einstellung zur EU korrelierte jedoch stark damit, ob sich Menschen als walisisch, englisch oder britisch verstehen, wie eine Studie der Universität Cardiff zeigte. 71 Prozent der-

strafen dafür zu zahlen, musste er für mehrere Wochen ins Gefängnis. Iwan ist in der Nähe des Tryweryn-Tals aufgewachsen. Er weiß noch, wie sein Vater in den 60ern nach Liverpool gefahren ist, um an den Protestaktionen gegen die Flutung teilzunehmen. „Mit der Zeit ist die Bedeutung dieses Ereignisses nur gestiegen, jetzt ist sie größer denn je“, sagt er. Er war sieben Jahre Vorsitzende der Partei Plaid Cymru. Berühmt ist er aber vor allem für seine Lieder auf Walisisch – etwa eine Satire über Charles, Prince of Wales, oder „Yma O Hyd“ (Immer noch hier), einen Song, der sich wie eine Widerstandshymne der Waliser anhört. Iwan weiß, dass viele Menschen in Wales aus praktischen Gründen von der Idee der Unabhängigkeit abgeschreckt werden. Diese werde nicht von heute auf morgen passieren. „Doch das ist die Richtung, in die die Reise geht“, ist er überzeugt.

Der größte politische Gegner für Plaid Cymru sind aber nicht die englischen Nationalisten, sondern die mächtige Labour-Partei. Während in Schottland die SNP Labour ins Abseits getrieben und die sozialdemokratische Agenda übernommen hat, bleibt Labour in Wales die stärkste Kraft. Richard Wyn

Keine Zeit für Versöhnung

Spaniens Regierung begnadigt katalanische Separatisten – und wird von allen Seiten kritisiert

Dass einer Versöhnung säen will und Zwietracht erntet, kommt vor, aber selten löst ein Befriedigungsangebot eine so wüste Polemik aus wie in diesen Tagen in Spanien: Der Sturm der Anschuldigungen und Beschimpfungen, der dem sozialistischen Regierungschef derzeit entgegen schlägt, ist gewaltig. Wenn all die Unterstellungen wahr wären, so resümierte „El País“ lakonisch, dann gehörte Pedro Sánchez vor ein Strafgericht.

VON ANNETTE PROSINGER

Natürlich geht es wieder mal um den katalanischen Separatismus, kaum ein anderes Thema – weder die afrikanischen Bootsflüchtlinge noch die gigantische Staatsverschuldung – vermag die Gemüter so in Wallungen zu bringen. Die spanische Regierung, eine Koalition aus der sozialistischen PSOE und der linksalternativen Unidas Podemos, hat Mitte Juni neun Anführer der Unabhängigkeitsbewegung begnadigt, die wegen ihres Versuchs, Katalonien von Spanien abzuspalten, 2019 zu hohen Haftstrafen verurteilt worden waren. Ein neues Kapitel aufschlagen will Sánchez mit der Begnadigung, für die er Unterstützung in Wirtschaftskreisen fand – und bei der katholischen Kirche. Es sei Zeit, die Gräben zu überwinden und ein neues Miteinander zu finden, erklärte er in Anspielung auf die Transición vor mehr als 40 Jahren. Die Übergangsphase von der Franco-Diktatur zur Demokratie war geprägt vom Bemühen um Konsens und Ausgleich. Aus Angst, dass eine Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Franquismus das seit dem Bürgerkrieg gesplante Land weiter entzweien würde, ließ man die Vergangenheit zunächst auf sich beruhen und schaute nach vorn.

Strich drunter, wir reden wieder miteinander – diese Strategie war schon damals nicht problemlos. Und scheint heute fast unmöglich. „Nach Francos Tod 1975 war Konsens das Zauberwort. Denn die Angst vor einer Radikalisierung wie jener, die zum Bürgerkrieg geführt hatte, war gewaltig“, sagt der Historiker Carlos Collado Seidel. Heute dagegen scheine gesellschaftlicher Konsens seinen Zauber verloren zu haben: „Jetzt erleben wir leider eine Zeit ideologischer Konflikte und radikaler Kompromisslosigkeit.“

Die spanische Öffentlichkeit kann Sánchez' Befriedigungsvision wenig abgewinnen: Laut Umfragen ist die Mehrheit dagegen, dass Separatistenführer vorzeitig freikamen. Ausnahme: Katalonien, hier stößt der Gnadenakt überwiegend auf Zustimmung, selbst bei den Gegnern der Unabhängigkeit, immerhin etwa die Hälfte der Bevölkerung. Sie haben die Hoffnung, dass endlich Bewegung in den festgefahrenen Konflikt kommt, der Katalonien so viel Wohlstand, Sicherheit und sozialen Frieden kostet.

Im politischen Madrid ist der Widerstand gegen die Begnadigungen am heftigsten, Sánchez schafft es nicht einmal, alle seine Parteigenossen davon zu überzeugen. PSOE-Patriarch Felipe González, in dessen lange Regierungszeit (1982–1996) die Transición gemündet hatte, warnte seinen Nachfolger etwa davor, sich in eine ausweglose Situation zu manövrieren. Blankes Entsetzen zeigt die rechte Opposition, die vereint denn je und in noch schärferem Ton als ohnehin schon gegen die Regierung Front macht. Die Rechte sieht die Verfassung nun, da eklatante Verfassungsbrecher begnadigt wurden, in großer Gefahr und brandmarkt Sánchez als „Zerstörer Spaniens“. Er, der im Wahlkampf tatsächlich noch Begnadigungen ausgeschlossen hatte, sei ein Lügner, ein Verräter, ein Büttel der „Putschisten“ (womit die Separatisten gemeint sind), zurücktreten solle er, und die ultrarechte Vox bittet die konservative Volkspartei immer wieder, doch endlich ein Miss-

trauensvotum gegen Sánchez anzustreben. Von einer Entgiftung des Konflikts war man nie weiter entfernt. Zumal die Begnadigten alles tun, um Sánchez' Versöhnungsprojekt wie einen frommen Irrtum aussehen zu lassen. Von Dankbarkeit keine Spur, erst recht nicht von Reue. „Ho tornarem a fer“, hatte Jordi Cuixart vom nationalistischen Verein Omnium vor Gericht gesagt und wiederholt es zum Entzücken seiner Bewegung nun in Freiheit. „Wir werden es wieder tun.“ Keine Begnadigung, deklarierte er mit dem üblichen *Independentista*-Pathos bei einer Kundgebung am Donnerstag in Barcelona, könne „die Stimme des katalanischen Volkes zum Schweigen bringen“.

Zwar ist allen Begnadigten weiter verboten, politische Ämter zu bekleiden, zwar gab es am Dienstag ein erstes Arbeitstreffen von Sánchez mit dem katalanischen Regionalpräsidenten Pere Aragonès, zwar würde soll der Dialog ab September fortgesetzt und institutionalisiert werden. Aber nach Versöhnung sieht es noch lange nicht aus. Aragonès jedenfalls ließ keinen Zweifel: Er will statt Begnadigungen eine Amnestie, die auch für die ins Ausland geflohenen Separatistenführer gilt. Und natürlich ein Referendum über die Unabhängigkeit. Das aber lässt die Verfas-

WIR WERDEN ES WIEDER TUN

JORDI CUIXART, Separatistenführer, vor und nach seiner Begnadigung



Kampfansage als Merchandising: Tasse mit den Separatistenführern Jordi Cuixart und Jordi Sánchez

sung nicht zu. Gut möglich also, dass die beiden Dialogpartner sich letztlich nicht allzu viel zu sagen haben.

Warum aber hat Sánchez dann beschlossenen, diesen ihm so in Misskredit bringenden Schritt auf die Separatisten zuzugehen? Weil er sie braucht, sagen seine Kritiker. Seine Minderheitsregierung ist auf die Stimmen der nationalistischen Parteien aus dem Baskenland und Katalonien angewiesen – und nicht nur die Zeitung „El Mundo“ wirft Sánchez nun vor, sich zur „Geisel“ der Katalanisten gemacht zu haben. Ein anderer Beweggrund mag die Kritik aus den europäischen Nachbarländern sein, die Sánchez, der sein Spanien so gern zu Europas Avantgarde zählen möchte, gar nicht recht sein kann. Erst Anfang Juni hat der Europarat das Vorgehen der spanischen Justiz gegen die Separatisten gerügt. Und keines der Länder, in die katalanische Politiker geflohen sind, hat sie an Madrid ausgeliefert. Die im Ausland gängige Ansicht, dass man die Katalonien-Krise politisch und nicht allein mit den Mitteln der Justiz lösen müsse, hat Sánchez sich nun zu eigen gemacht.

„Offenbar glaubt Sánchez an eine historische Mission“, vermutet Collado Seidel. „Er versucht, diesen ideologischen Konflikt einzudämmen – das ist durchaus staatsmännisch.“ Einen Erfolg kann sich der Historiker, der eine Geschichte Kataloniens geschrieben hat, jedoch kaum vorstellen. Vielleicht gelinge eine Annäherung, wenn die Katalanen das von ihnen seit Langem geforderte Recht bekämen, ihre Streureinnahmen selbst zu verwalten. Doch vermutlich sei die Zeit vorbei, da solche Privilegien als Befriedigungsstrategie dienen konnten: „Mittlerweile sind Generationen nachgewachsen, die sich ausschließlich als Katalanen verstehen. Spanien ist für sie kein Referenzpunkt mehr.“ Das entscheidende Wort, glaubt Collado Seidel, habe Brüssel. Und sollte die EU je ein unabhängiges Schottland anerkennen, dann gebe es für den katalanischen Nationalismus wohl kein Halten mehr.



Demonstration für die walisische Unabhängigkeit in Merthyr Tydfil

Nun begehrt Wales auf

gründete Rhobert die Bewegung Yes Cymru mit, die sich für die walisische Unabhängigkeit einsetzt. Sein Vorbild war die schottische Yes Scotland, und das ursprüngliche Ziel bestand darin, Solidarität mit den schottischen Separatisten vor dem Unabhängigkeitsreferendum zu bekunden. Cymru ist der keltische Name von Wales. Jahrelang blieb die Bewegung eher klein. Vor dem Beginn der Pandemie zählte Yes Cymru gerade mal 2000 Mitglieder. Heute sind es 19.000 – damit wurde die Gruppe zur zweitgrößten politischen Organisation der Region nach der walisischen Labour-Partei.

Die Erschütterungen des Brexits und der Pandemie führten dazu, dass das Vereinigte Königreich zunehmend auseinanderdriftet. In Schottland macht sich die regierende Schottische Nationalpartei (SNP) für ein zweites Unabhängigkeitsreferendum stark. In Nordirland wird über eine Wiedervereinigung mit Irland diskutiert. Und sogar im kleinen Wales mit seinen 3,1 Millionen Menschen wird das Verhältnis zu London zunehmend infrage gestellt. Im März wünschten sich laut einer Umfrage 39 Prozent der Waliser, vor allem junge, die Unabhängigkeit. Seitdem sind die Zahlen etwas gesunken. Doch sogar Mark Drakeford, Labour-Premierminister von Wales, erklärte im Frühjahr, dass „die Union in der jetzigen Form zu Ende ist“, und forderte mehr Rechte und Befugnisse für die walisische Regierung. Traditionell

Nach den Schotten glauben auch immer mehr Waliser an die Unabhängigkeit. Selbst die lokal regierende Labour-Partei setzt auf sanften walisischen Nationalismus



Iestyn ap Rhobert (42), Mitgründer der Unabhängigkeitsbewegung Yes Cymru

nigen, die sich als nur walisisch bezeichnen, stimmen für den Verbleib in der EU. Bei solchen, die sich als „walisisch und britisch“, „englisch und britisch“ oder einfach englisch verstehen, stimmte eine Mehrheit für den Austritt.

Die Anhänger der Unabhängigkeit wollen das Walisisch-Sein als etwas definieren, was für progressive Werte und Offenheit steht, im Kontrast zum englischen Nationalismus, den sie als rückwärtsgewandt ansehen. Wales sei von England seit der militärischen Eroberung vor 800 Jahren systematisch benachteiligt und ausgebeutet worden, nur deshalb gelte es als Armenhaus – so geht das Narrativ der walisischen Nationalisten. Ein Symbol dafür ist die Geschichte des Tryweryn-Tals. 1965 wurde es samt einem walisischen Dorf geflutet. Der Stausee wurde geplant, um die englische Stadt Liverpool mit Wasser zu versorgen. Und obwohl alle 35 walisischen Abgeordneten im britischen Parlament dagegen stimmten, wurden sie von englischen Parlamentariern überstimmt. Überall in Wales sieht man jetzt rot-weiße Graffiti „Cofiwch Dryweryn“ – Walisisch für „Erinnert euch an Tryweryn“. Sie stehen für das gestärkte Nationalgefühl der Waliser.

Auch Dafydd Iwan hat so ein Graffiti an einer Außenwand seines Tonstudios. Ihn kennt in Wales jeder. Er ist so was wie ein Nationalheld, der walisische Barde der Unabhängigkeit. Vor 50 Jahren übermalte der Sänger britische Straßenschilder und pinselte walisische Ortsnamen darauf. Weil er sich weigerte, Geld-

Jones, Professor an der Universität Cardiff, erklärt den Erfolg der Labour-Partei unter anderem mit ihrem „soften Nationalismus“. „Es ist nie einfach die Labour-Partei, sondern immer die walisische Labour“, sagt er. „Allen ist klar, dass dies nicht die Partei von Keir Starmer, sondern von Mark Drakeford ist.“

Labour in Schottland sei als Vertreter der Hauptstadt in der Region gesehen worden, sagt Jones, doch der Waliser Regierungschef habe dafür gesorgt, dass es bei ihm andersherum läuft: „Drakeford macht sich für die Interessen von Wales in London stark.“ Dennoch sei die Unterstützung für die Unabhängigkeit in Wales nicht zu ignorieren – auch etwa die Hälfte der Labour-Wähler findet die Idee gut. Und selbst wenn in Wales in den kommenden Jahren kein Referendum zu erwarten ist, vergleicht Jones Wales mit Montenegro im ehemaligen Jugoslawien. Auch die Montenegreiner seien damals im Prinzip mit ihrer Autonomie zufrieden gewesen. Doch als sich alle anderen Teile Jugoslawiens abspalteten, hätten sie nicht allein mit den Serben bleiben wollen. „Mit dem Brexit, dem Anwachsen des schottischen Nationalismus und der ganzen Situation in Nordirland haben hier viele das Gefühl, dass wir am Ende allein mit Engländern in der Union bleiben könnten!“

■ Diese Reportage entstand im Rahmen des Residenzprogramms (Re-)Collecting Europe des Goethe-Instituts London.